

# Jahresbericht Handlungsfelder 2018

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

## Kurzeinschätzung zur Zielerreichung: ☹️

**Bezeichnung der Maßnahme:** Prostituiertenschutzgesetz Lfd. Nr. B38 der Liste

**Zielgruppe:**  
Bürgerinnen und Bürger, Prostituierte, Gewerbetreibende

**Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):**  
Schutz der Prostituierten und die Verhinderung von Menschenhandel (Aufgabenwahrnehmung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sicherzustellen)

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	IST 2018
Anzahl der Anmeldeverfahren, der zu bearbeitenden Verfahren und eingehenden Erkenntnismitteilungen			
Anzahl der Anmeldeverfahren	Anzahl	950	317
Anzahl der Erlaubnisverfahren	Anzahl	310	54

**Programm / Produkt (Was wird angeboten?):**

**Anmeldeverfahren-Prostituierte**

Sprechzeiten an 2 Wochentagen, i.d.R. nach Terminvereinbarung, in Verbindung mit den vorgeschriebenen Beratungen durch SGWV und SFJS

**Erlaubnisverfahren-Prostitutionsstätten**

schriftliches Verfahren

Sprechzeiten an 3 Wochentagen, i.d.R. nach Terminvereinbarung

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	IST 2018
Durchführung von Anmeldeverfahren für Prostituierte und Erlaubnisverfahren für den Betrieb der Prostitutionsstätten			
Anmeldeverfahren-Prostituierte	Anzahl	950	126
Erlaubnisverfahren-Prostitutionsstätten	Anzahl	310	54

**Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):**

Abwicklung der vorgegebenen Verfahren, i.d.R. in Terminen nach vorheriger Terminvereinbarung, gekoppelt mit den Terminen für die Beratungen (Informations- und Beratungsgespräch, Gesundheitsberatung)

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	IST 2018
Aufstockung SWAH (Prostitutionsschutzgesetz)			
Anmeldeverfahren-Prostituierte	Anzahl	950	126
Erlaubnisverfahren-Prostitutionsstätten	Anzahl	310	54

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)			
Aggregat	Mittelbereitstellung 2018	Jahresergebnis 2018	Abweichung
Personalausgaben	455,0 T€	103,7 T€	351,3 T€
Personal-Stellen	7,0 VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	210,0 T€	14,2 T€	195,8 T€
Investiv	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€

### Sachstand zum Projektfortschritt:

Die Durchführung der Anmeldeverfahren für die Prostituierten mit den in das Verfahren integrierten Beratungen und der Aushändigung der Anmeldebescheinigung sowie die Durchführung der Erlaubnisverfahren zum Betrieb einer Prostitutionsstätte konnte erst zum 01.10.2018 aufgenommen werden. Ursächlich hierfür waren der lange Prozess im Senat bis zur Entscheidung über die Zuständigkeit, Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung sowie der für die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen erforderliche Zeitraum.

Der Stand der Umsetzung zum 31.12.2018 ist durchaus zufriedenstellend, auch wenn man sich manche Umsetzungsschritte natürlich schneller gewünscht hätte. Die Notwendigkeit der Schaffung geeigneter Räume (insbesondere auch für die Beratungen) und die Rekrutierung des erforderlichen Personals haben längere Zeit gebraucht. Dafür konnte zum 01.10.2018 eine Situation geschaffen werden, in der das Prostituiertenschutzgesetz vollständig und wirksam umgesetzt werden kann. In der kurzen Zeitspanne von 3 Monaten konnte bereits eine große Zahl von Verfahren abgeschlossen werden. Die Beratungszeiten sollen zum Februar 2019 um 5 Stunden/wöchentlich aufgestockt werden, um einen schnelleren Abschluss der laufenden Anmeldeverfahren zu ermöglichen.

Bei der Bewertung der Differenz zwischen den Plan- und Istwerten für 2018 ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den in den Planwerten angegebenen Zahlen um Schätzwerte der Polizei handelt; ein gesichertes Datenmaterial liegt nicht vor. Bei den in 2018 durchgeführten 126 Anmeldeverfahren sowie den 317 zu bearbeitenden Verfahren (registrierte Prostituierte) handelt es sich um Personen, die sich an die Gewerbebehörde gewandt haben. Dies gilt auch für die 54 Erlaubnisverfahren, die sich noch in der Bearbeitung befinden. Wie hoch die Zahl derjenigen, die sexuelle Dienstleistungen i.S.d. Prostituiertenschutzgesetzes anbieten, tatsächlich ist, wird sich erst im Laufe der weiteren Bearbeitung und nach Durchführung von Kontrollmaßnahmen zeigen.

Es konnten in 2018 noch nicht alle Stellen besetzt werden. Zum 01.02.2019 wird eine weitere Mitarbeiterin im Bereich Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten den Dienst aufnehmen; 1,5 weitere Stellen konnten wegen fehlender geeigneter Bewerber\_innen noch nicht besetzt werden; diese Stellen werden erneut ausgeschrieben.

In dem Projekt B38 wurden 80 T€ für Mietkosten, Umzugskosten, Geschäftsbedarf etc. als Einsparung (Aufwendung für das Projekt) in den Produktplan 71 auf andere andere Haushaltstellen umgebucht. Daher reduziert sich die Abweichung von 195,8 T€ auf 115,8 T€.